Die Reichsstadt Ulm als Sammelplatz des Schwäbischen Bundes zum Feldzug gegen Herzog Ulrich von Württemberg, 1519

Von Hans Eugen Specker

Ohne es nachdrücklich zu erstreben und im Grunde weniger initiativ handelnd als eher ihre Verpflichtungen gegenüber dem Schwäbischen Bund getreulich erfüllend, fiel der Reichsstadt Ulm dank ihrer geographischen Lage, ihrer politischen Stellung und wohl auch ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eine zentrale Rolle bei den militärischen Vorbereitungen des überraschend und nicht von langer Hand geplanten Feldzugs gegen Herzog Ulrich von Württemberg zu. Der Schwäbische Bund, 1488 auf Betreiben Kaiser Friedrichs III. zunächst für die Dauer von acht Jahren beschlossen¹ und danach mehrfach verlängert, sollte der Wahrung des Landfriedens dienen, „dessen Unsicherheit nirgendwo im Reich stärker zu verspüren war als im staatlich zersplitterten deutschen Südwesten“². Ausdrücklich legte daher die 1512 – anlässlich der dritten Verlängerung des Bundes um weitere 10 Jahre – neu formulierte Bundesverfassung³ fest, daß die Mitglieder des Bundes „nichts unfruntlich gegen- und widereinander fürnehmen und üben, sonder ein jeder den andern bey dem gemelten landfriden und rechten bleiben lassen“ sollte und Zwistigkeiten ausschließlich vor Gericht ausgetragen werden dürften.

Um diese Forderungen durchsetzen zu können, verpflichteten sich die im Bund zusammengeschlossenen Stände „nach bestem vermögen“ und „als ob die sach unser jedes aigen wär“ zu gemeinsamer Hilfeleistung gegen gewalttätige Friedensbrecher. Als Grundsatz galt dabei, daß geraubtes Gebiet nach der Rückeroberung durch den Bund dem rechtmäßigen Herrn restituiert werden müsse, das dem Angreifer darüber hinaus abgewonnene Gut aber zum Ausgleich für die Kriegskosten als Beute anzusehen und aufzuteilen sei.

Die Durchführung dieser militärischen Aktionen sollte einem Bundesheer übertragen werden, für das die Fürsten im Kriegsfall 800 Reiter und 4500 Mann an Fußtruppen auszurüsten hatten; für die beiden übrigen Kurien des Bundes, die Prälaten, Grafen und Herren und die Reichsstädte wurden die aufzustellenden Kontingente auf 50 Reiter und 1000 zu Fuß bzw. 200 Berittene und 2900 Fußknechte festgesetzt.

Auf eigens einberufenen Versammlungen wurden diese Quoten dann auf die einzelnen Stände umgelegt, so z. B. am 22. Juli 1513 auf einem Städtetag in Ulm, auf welchem nächst Nürnberg, das zusammen mit Windsheim veranschlagt wurde, die Tagungsstadt mit 30 Reitern und 524 zu Fuß das höchste Kontingent unter den Reichsstädten auferlegt erhielt⁴. Auch die Bereitstellung von Wagen, die Kriegs- und Belagerungsgerät befördern sollten, wurde nach einem ähnlichen Schlüssel den Mitgliedern des Bundes zur Pflicht gemacht. Die Mobilisierung all dieser Truppen behielt sich die Bundesversammlung vor, die bei drohender Gefahr für eines der Bundesmitglieder durch die drei Hauptleute des Bundes – die Fürsten, die Prälaten, Grafen und Herren und die Reichsstädte stellten davon je einen – zur Beratung wirksamer Gegenmaßnahmen einberufen werden sollte. An die Spitze des Heeres sollte ein oberster Feldhauptmann treten, für welches Amt 1512 Herzog Wilhelm von Bayern vorgeschlagen und vom Kaiser, als dem mächtigsten Bundesmitglied, nach anfänglichem Zögern auch bestätigt wurde. Wie notwendig schließlich alle diese gegenseitigen Sicherheitsversprechen waren, belegen uns die in den Akten immer wiederkehrenden Klagen über „mutwillige Räuberei“ und Landfriedensbruch, von denen ein besonders krasser Fall nun herausgegriffen werden soll.

Herzog Ulrich von Württemberg, der bis zum Jahre 1511 dem Schwäbischen Bund selbst angehört hatte⁵, erfuhr am 19. Januar 1519 während der Trauerfeier für Kaiser Maximilian in Stuttgart, daß der württembergische Burgvogt auf der Achalm am Tag vorher in Reutlingen erstochen worden sei. Statt den Fall nun einem Schiedsgericht zu übertragen, wie es der 1505 mit Reutlingen vereinbarte Schirmvertrag vorgesehen hätte, ließ der Herzog die Sturmglocken läuten und zog gegen die Stadt. Die unmittelbar folgenden Ereignisse kennen wir aus einem am 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, in aller Eile ausgefertigten Schreiben von Bürgermeister und Rat zu Reutlingen an den Ulmer Rat⁶: Dort wird berichtet, am Morgen gegen 7 Uhr hätten die Vögte von Urach

und Tübingen „mit iren amtsverwandten in merklicher anzal“ die Dörfer Betzingen und Gomaringen „unbewart und unentsagt wider den landfriden und insonder uber die schirms aynung“ überfallen und die Bewohner zur Huldigung auf den Herzog gezwungen. Der Herzog rüste sich zur Belagerung der Stadt, deren Bürgermeister und Rat dringend darum bitten, dem Bundeshauptmann den Landfriedensbruch zu berichten und ihn um Hilfe anzurufen. Das Amt des Bundeshauptmanns für die Städte, das bis 1513 von Ulmer Bürgermeistern wahrgenommen worden war, hatte damals Bürgermeister Ulrich Arzt von Augsburg inne und an ihn wurde das Reutlinger Schreiben ohne Verzögerung weitergesandt. Nachts zwischen 1 und 2 Uhr – die genauen Uhrzeiten sind in den Korrespondenzen sorgfältig festgehalten – langte es bei ihm an. Seiner Aktivität waren jedoch zunächst Grenzen gesetzt, da sich seine beiden Mithauptleute (für die Prälaten und den Adel war es Hürnheim, für die Fürsten Wilhelm Guss von Gussenberg), die wegen der derzeit zu Augsburg tagenden Bundesversammlung in der Stadt weilten, während der Nacht nicht wecken ließen. Der Ulmer Rat gab unterdessen den Reutlinger Boten die Weisung, in ihre Stadt zurückzukehren und ihren Herren zu bestellen, „ein rat hab das volstreckt, darumb sy geschriben haben“⁷. Der Bescheid war wohl deshalb nur mündlich und in verklausulierter Form erfolgt, weil zu befürchten war, die Boten könnten unterwegs von württembergischen Truppen aufgegriffen werden.

Als erste Maßnahme gegen den herzoglichen Überfall schlug Ulrich Arzt in einem Schreiben an den Ulmer Rat vor, bewaffnete Reiter zur Unterstützung des bedrohten Reutlingen abzuordnen. Wäre das in der Eile nicht möglich, sollte man mit Fußtruppen in Württemberg einfallen und „brennen wo man kan; so dan sein (des Herzogs) volk das gewar werden und sehen, so wurden sy sich von Reutlingen thun“. Konkret wurde jedoch zunächst nur Weitbrecht Ehinger von Ulm am 24. Januar beauftragt, Erkundigungen über die Gründe für den Landfriedensbruch einzuholen. Noch einmal schrieb dann am 25. Januar der Rat zu Reutlingen geradezu verzweifelt nach Ulm, das Vorgehen Herzog Ulrichs gegen die Stadt sei „wider Gott, Ehre und Recht“, aber er habe ein „solich treffenlich geschutz“ und schieße so heftig, daß sie sich gegen ihn nicht lange wehren könnten. Einen Tag später beschloß die Bundesversammlung zu Augsburg, die Stände sollten sich zum Krieg bereithalten. Gleichzeitig wurde Ulm beauftragt, Möglichkeiten zu finden, den Reutlingern Nachricht zukom-

men zu lassen, „es were in frauen, munch, pfaffen, furlcut, cramer oder anderer verkerter gestalt“, um sie zum Ausharren zu ermuntern. Auf Bundeskosten sollte die Stadt Ulm ferner Kriegsleute, denen der doppelte Sold zu versprechen sei, in das belagerte Reutlingen bringen und weitere Städte, vor allem Esslingen, zu ähnlichen Unterstützungsaktionen anhalten. Ehe jedoch diese Pläne in die Tat umgesetzt werden konnten, erfuhr der Ulmer Rat am späten Abend des 28. Januar über den Ulmischen Amtmann zu Süßen und den Vogt zu Geislingen, Reutlingen sei am Nachmittag gegen zwei Uhr gefallen, der Herzog halte sich selbst in der Stadt auf. Diese Nachricht wurde in den folgenden Tagen durch weitere Berichte, unter anderem auch ein Schreiben der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd, bestätigt und dabei in Erfahrung gebracht, die Reutlinger hätten dem Herzog huldigen müssen, der am 30. Januar die Stadt wieder verlassen habe, aber „niemand kan wyssen, wo er auß will“.

Schon nach der ersten Kunde von der Belagerung Reutlingens, die sich – wie die Korrespondenzen ausweisen – mit Windeseile verbreitet haben muß, hatten die – weil von württembergischem Gebiet umschlossen oder unmittelbar an dieses angrenzend – sich bedroht fühlenden Reichsstädte begonnen, Vorbereitungen zu ihrer Verteidigung zu treffen. Der Ulmer Rat beauftragte, um nicht in Permanenz tagen zu müssen und trotzdem rasche Entscheidungen zu gewährleisten, bereits am 24. Januar den für „unvorhergesehene, dringende und geheime Fälle“ gewählten Ratsausschuß der „Fünfer“⁸ mit allen notwendigen Vorbereitungen für einen zu befürchtenden Krieg. Die „Fünfer“ gaben dann auch am 26. Januar die Herstellung von Pulver und Hakenbüchsen in Auftrag. Sie wiesen ferner die Zunftmeister an, die Ausrüstung ihrer Zunftmitglieder mit Harnisch und Wehr zu überprüfen und schrieben den Amtleuten des Ulmer Territoriums, in ihrem Sprengel gleichermaßen zu verfahren und zugleich dafür zu sorgen, daß die strategisch wichtigsten Orte „verschrant“ würden. Ähnliche Vorbereitungen trafen auch Esslingen, Giengen und Schwäbisch Gmünd, das am 25. Januar in Ulm 10 Tonnen Pulver und 20 Hakenbüchsen auslieh, aber ausdrücklich darum bat, diese unauffällig verpackt zuzusenden.

Trotz dieses schüchternen Versuchs zur Geheimhaltung blieben die in den Städten betriebenen Rüstungen dem Herzog nicht verborgen. Noch vor der Eroberung Reutlingens sandte er daher am 27. Januar aus dem Feldlager bei Pfullingen ein Schreiben an die Reichsstädte des Inhalts, er höre, daß sie wegen seines „notgedrungenen Verfahrens gegen Reut-

lingen“ sich wider ihn beratschlagten. Er hoffe dies zwar nicht, doch sollten sie ihm durch einen Boten ihre Einstellung zu erkennen geben⁹. Die Annahme dieses Schreibens wurde vom Ulmer Rat verweigert, da es adressiert war mit „den fursichtigen, ersamen und weisen den botschafften der reichsstett jetzo beinander versamlet“, und der Rat den bloß mündlichen Auftrag des Boten, wenn die Bundesversammlung nicht in Ulm tage, möge das Schreiben dem Ulmer Bürgermeister ausgehändigt werden, nicht akzeptierte.

Tatsächlich tagte die Bundesversammlung damals noch in Augsburg, von wo aus Hauptmann Ulrich Arzt am 27. Januar Ulm darüber informierte, man habe sich auf eine „große hilfe“, wie sie „vormals im bundt nie furgenommen“ – gemeint war die Erhöhung der Kontingente auf das Doppelte – geeinigt und werde demnächst in Ulm den Krieg beschließen. Der Ulmer Rat und die „Fünfer“ zogen daraus die Konsequenzen. Zunächst schien es ihnen notwendig, durch nach Württemberg entsandte Kundschafter möglichst rasch, vollständig und genau über Truppenbewegungen und Rüstungen unterrichtet zu werden, um daraus die weiteren Pläne des Herzogs, über die zahlreiche Gerüchte im Umlauf waren, zu erschließen. Nicht jeder stellte sich für diese Späherdienste zur Verfügung und nicht alle, die sich dazu bereit fanden, hatten das erforderliche Geschick. Von den Kundschaftern, die Michel Berchtold, der Ulmische Amtmann zu Nellingen auf der Alb, entsandte, ist z. B. einer durch seine allzu treuherzigen Fragen allenthalben als Kundschafter erkannt und entsprechend behandelt worden. Eine ebenfalls von Nellingen aus beauftragte Kundschafterin, über die der Amtmann dem Rat schrieb, „sie ist mit zuchten vor euer ersamen weisheit (zu reden) ain offne oder gemaine frau“, die in Stuttgart in der Nähe des Hofes lebte, wußte lediglich zu berichten, es sei unter dem Hofgesinde die allgemeine Rede, man wolle vor Ulm ziehen „und sie reden Ulm und euch allen gemeinlich ibel, ir seyend vornen dran“. Aber neben diesen Beispielen verstanden es andere Kundschafter durchaus, Rüstungsvorbereitungen richtig zu deuten. Sie rechartfertigten die zahlreichen Anfragen, die fast alle Reichsstädte, aber auch oberschwäbische Prälaten und von den Fürsten Markgraf Casimir von Brandenburg an den Ulmer Rat nach dem Stand der Dinge richteten. Selbstverständlich war umgekehrt auch Herzog Ulrich bestrebt, sich über die Rüstungen im bündischen Lager auf dem laufenden zu halten. Wir kennen z. B. den Bericht des Burghauptmanns auf Helfenstein, der im „Mönch von Herbrechtingen“, dem

damaligen Pfarrer in Weiler ob Helfenstein, einen württembergischen Kundschafter vermutete.

Intensiv wurde seit Anfang Februar 1519 allenthalben die Anwerbung von Reitern und Fußknechten für das Bundesheer betrieben. Da der Rat es nach Möglichkeit vermeiden wollte, daß sich allzu viele Ulmer Bürger dazu meldeten, entsandte er den Ulmischen Hauptmann Hans Gregk eigens nach Ravensburg, um dort die Werbetrommel zu rühren. Gregk stieß dabei auf große Konkurrenz, denn in allen Städten und Flecken Oberschwabens suchten Hauptleute ihre Fähnlein aufzufüllen. Außerdem war es den um den Bodensee lebenden Untertanen von ihrer Obrigkeit bei Todesstrafe verboten worden, sich von fremden Herren anwerben zu lassen – eine Weisung, für die der Ulmer Rat Verständnis haben mußte, hatte er doch bereits am 26. Januar eine ähnliche Anordnung für das Ulmische Territorium getroffen. Trotzdem gelang es Hauptmann Gregk, eine beachtliche Anzahl von Landsknechten, denen übrigens nicht die Stadt-, sondern die Bundesfahne vorangetragen werden sollte, in Dienst zu nehmen. Der Ulmer Rat konnte sich sogar auf Bitten einiger kleinerer Reichsstädte und oberschwäbischer Prälaten bereit finden, deren Kontingente gegen Erstattung der Kosten mit aufzustellen. Seltenheitswert scheinen lediglich Büchsenmeister genossen zu haben, um die man bis nach Straßburg schreiben mußte.

Für die Ausrüstung wurden in Nürnberg Geschütze, Kugeln und Harnische bestellt, wobei Nürnberg die Kugeln zwar nicht in der gewünschten Anzahl liefern konnte, statt dessen aber den Model zur Selbstfertigung übersandte. Schwierigkeiten gab es bei der Verteilung der Spieße an die Fußknechte. Da diesen 1 Ort eines Guldens für den Spieß von der Löhnung abgezogen wurde, waren sie mit Recht empört, als sich herausstellte, daß die Spieße zum Teil wurmstichig oder sonst schadhafte waren. Auch nachdem der Rat für Ersatz gesorgt hatte, war das Mißtrauen nicht ganz geschwunden, was sich etwa daran zeigte, daß nur ganz wenige freiwillig die etwas später gelieferten Harnische kaufen wollten.

Neben der militärischen Ausrüstung erforderte auch die Verproviantierung der sich immer zahlreicher in und um Ulm sammelnden Truppen sorgfältige Überlegungen. Zwischen 30- und 40000 Brote konnten die Ulmer Bäcker täglich bereitstellen; das Einzugsgebiet für Fleisch mußte jedoch bis Augsburg und Nürnberg und das für Hafer bis ins Günz-, Mindel- und Illertal und bis nach Riedlingen ausgedehnt werden, was nicht ohne Auswirkungen auf die Preise blieb. Fremden Kaufleuten wurde allgemein gestattet, während

der Anwesenheit des Bundesheeres ihre Waren in Ulm ohne Einschränkung feil zu bieten. Daß das nicht ohne finanzielles Risiko abging, beweisen die Klagen der Wirte, bei denen die Söldner oft hoch in der Kreide standen.

Überhaupt scheint von der gewohnten Ruhe und Ordnung in den Ulmischen Städten und Dörfern während jener Wochen nicht mehr viel zu spüren gewesen sein. Vor allem in Geislingen, das bis zu 1000 Fußknechte zu beherbergen hatte, konnte erst die Einsetzung eines Profossee die Raufhändler wirksam einschränken. Besser scheint es in dieser Hinsicht in der Stadt Ulm bestellt gewesen zu sein, die darauf gedrängt hatte, an bündischen Truppen nur 2000 Reiter, darunter vor allem den Adel, aufzunehmen, die Wagenburg aber in angemessener Entfernung vor der Stadt zu belassen.

Seit dem 6. Februar tagte die Bundesversammlung in Ulm. Verstärkt kamen hierher nun die Berichte über den Ausbau der Befestigungen in den württembergischen Städten Kirchheim, Göppingen und Heidenheim, gleichzeitig aber auch die Bitten der Reichsstadt Esslingen um Abordnung einer starken Besatzung. Georg von Frundsberg, der sich im Namen der Bundesversammlung vor dem Ulmer Rat zum Anwalt Esslingens machte, erhielt allerdings die untertreibende Antwort, „ain rat hat ain klains herschaftlin, were mit kriegsleuten nit versehen“, jedoch gerne bereit, Esslingen mit Schießpulver und Geld zu unterstützen. Die Lage des Ulmer Rats war damals tatsächlich schwierig. Einander widersprechende Gerüchte ließen einen Einfall Herzog Ulrichs in Ulmisches Territorium für möglich erscheinen, weshalb der Rat schon am 4. Februar den Bewohnern des flachen Landes erlaubte, im Ernstfall in die Stadt zu fliehen. Der Besetzung der Tore wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, Zunftangehörige, die nicht die vorgeschriebene Wehr besaßen, als abschreckendes Beispiel vorübergehend gefangengesetzt. Je stärker und zahlreicher jedoch die sich um Ulm sammelnden Truppen wurden, um so sicherer fühlte man sich in der Stadt und um so mehr ließ die Aufmerksamkeit nach. Immer häufiger mußte der Rat darauf drängen, daß die Wachen ihre Hauptbeschäftigung nicht im Trinken und Spielen sahen, sondern ihrer Aufgabe unter dem Tor nachkamen.

Anders sah es dagegen in den Ulmischen Ämtern aus. Zwar war man auch hier den umlaufenden Gerüchten gegenüber zu der skeptischen Ansicht gelangt, man dürfe „dem geschrai nit alweg glauben“, als aber ein Kundschafter am 5. März die Nachricht brachte, er hätte den Herzog, der „bleich und gel wie ain leich“

gewesen sei, bei Denkendorf und Köngen mit 200 Reitern und 4000 Fußknechten auf dem Marsch nach Kirchheim gesehen, wurde die Wachsamkeit doch aufs höchste verstärkt. Man befürchtete, der Herzog wolle vor Geislingen oder den in aller Eile befestigten Helfenstein ziehen. Am 8. März wurde dem Geislinger Vogt zugetragen, Herzog Ulrich sei in Kirchheim aufgebrochen und ziehe mit seinem Heer auf Blaubeuren zu. Als dann vollends die Kunde kam, das herzogliche Heer bleibe die Nacht über in Laidlingen, schlug der Vogt von Geislingen dem Ulmer Rat eilig und drängend vor, die günstige Gelegenheit zu nützen und dort einen Angriff zu wagen. Nur schwer scheint der Vogt die Enttäuschung darüber verwunden zu haben, daß die bündischen Truppen nicht eingriffen. Resigniert schrieb er am 10. März, die herzoglichen Truppen seien doch „gantz müd und naß gewesen“ und Geschütz und Pulver zum großen Teil im freien Feld stehengeblieben.

Unbehindert erreichte Herzog Ulrich am 9. März Blaubeuren, wohin ihm Eberhard von Reischach und Albrecht von Landenberg 12 000 Schweizer Söldner zuführten. Daß ihn diese, durch geschickt geführte Verhandlungen und hohe Versprechungen seiner Gegner bewogen, wieder verließen, ist bekannt¹⁰. Mit dem ihm verbliebenen Rest seiner Truppen konnte der Herzog keinen Angriff mehr wagen und schon am 16. März berichtete der Geislinger Vogt, der Herzog ziehe mit seinem Geschütz und den württembergischen Landleuten wieder über Laidlingen nach Kirchheim zurück, die Schweizer lägen aber noch im Lager bei Blaubeuren. Wenige Tage später, am 22. März, konnte der Vogt auch den Abzug der Schweizer Söldner melden.

Als dann am 24. März die Bundesversammlung in Ulm beschloß, auf kommenden Samstag (26. März) Absage und Feindesbrief gegen Herzog Ulrich ausgeben zu lassen und darauf den Krieg zu beginnen, stand dessen Ausgang bereits fest. Am 28. März brach das Bundesheer aus dem Lager bei Langenau auf, eroberte rasch Heidenheim und den Hellenstein und zog, ohne nennenswerten Widerstand zu finden, weiter ins Filstal. Die Ulm zugedachte Sonderaufgabe, Blaubeuren und die Burgen Ruck und Gerhausen zu erobern, lehnte der Rat ab, da er nur zusammen mit den übrigen Bundesgliedern handeln wolle. Zu regeln blieben daher nur noch Nachschubfragen, solange die Truppen in der Nähe des Ulmer Territoriums operierten.

Für die Reichsstadt Ulm hatten die Vorbereitungen zu diesem Feldzug, zumal nach dessen rascher Beendigung, lediglich eine unruhige und wohl auch sorgen-

volle Episode bedeutet, die uns jedoch einen Einblick in Organisation, Aufgaben und Möglichkeiten des Schwäbischen Bundes erlaubt. Für das Herzogtum Württemberg war jedoch mit diesen Ereignissen zu Beginn des Reformationszeitalters ein bedeutsamer Abschnitt seiner Geschichte eingeleitet worden, der zumal auch für das Verfassungsleben des Landes¹¹ nicht ohne Wirkung blieb.

Hinweise auf Quellen und Literatur:

¹ K. Klüpfel, Urkunden zur Geschichte des Schwäbischen Bundes (1488–1533), Bd. 1, Stuttgart 1846, S. 39. –

² K. S. Bader, Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, Stuttgart 1950, S. 187. – ³ Abgedruckt bei J. Ph. Datt, De pace imperii publica, Ulm 1698, S. 382–400. – ⁴ Klüpfel, Bd. 2, Stuttgart 1853, S. 72. – ⁵ Ebd., S. 55. – ⁶ Stadtarchiv Ulm, A 1136. – ⁷ Dazu und für das Folgende: Stadtarchiv Ulm, Ratsprotokoll 1519, Fol. 264–313 und A 1136. – ⁸ Vgl. dazu K. Hanneschläger, Die freie Reichsstadt Ulm. Siedlungsentstehung und Verfassungsgeschichte bis zum Ende der Zunftverfassung 1548, Diss. jur. Tübingen 1956, masch. Ms., S. 212. – ⁹ Klüpfel, Bd. 2, S. 160. – ¹⁰ Ausführliche Schilderung bei Ch. F. von Stälin, Wirtembergische Geschichte, 1. Abteilung, Stuttgart 1870, S. 164–168. – ¹¹ Vgl. dazu W. Grube, Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1957, S. 108–174.

Aus württembergischen Forstordnungen

Von Willy Leygraf

Löblichem Brauch zu folgen, wollte der Verfasser diese hier vorgelegte Darstellung anknüpfen an eine Erörterung oder auch nur Nennung dieses oder eines verwandten Themas durch den zu feiernden Jubilar. Mag sein, dem Verfasser ist es gelungen, ein Gebiet zu finden, aus dem der so vielseitige Ernst Müller noch nichts publiziert hat, mag – wahrscheinlicher! – sein, der Verfasser hat immer noch nicht gründlich genug gesucht und ist also an eben dieser Vielseitigkeit des Jubilars gescheitert. Statt zitierenden Bezugs hier also nur dies: Dank für manche Stunde so anregenden wie lehrreichen Schmökerns, Lesens und Wiederlesens!

„Wiewol Wir vor etlich verschinen jarn, ausser ereischender notturfft, ein gemeine vorst vnd holtz ordnung wie es damit allenthalben in Vnserm Fürstenthumb Wirtemberg, gehalten werden soll, zum ernstlichsten fürnemen vnd ausschreiben haben lassen, befinden Wir doch, das dieselbig bey etlichen biß anher wenig volnzozen, vnd gantz varlessig gehalten worden ist, sonder auch die höltzer vnd wäld täglichen jelenger, je mehr, in beschwerlichen vnd schedlichen abgang geraten...“ So heißt es im einleitenden Abschnitt der – seit Reyscher¹ meist als die zweite bezeichneten – württembergischen Forstordnung von 1540. Kieß² hat darauf hingewiesen, daß es sich dabei eigentlich um eine fünfte Fassung der württembergischen Forstordnung handelt. Doch das kann hier außer Betracht bleiben, weil es im folgenden vor allem darauf ankommt, zu zeigen, welche Motive die Veranlasser und Verfasser der Forstordnungen bestimmten und wodurch diese die Anfänge sowohl planmäßiger Forstwirtschaft als auch überlegter Forstpolitik markieren. Aus dem gleichen Grund werden auch die weiteren Texte³ des 16. und beginnenden

17. Jahrhunderts in einer Form dargeboten, die dem heutigen Leser nicht allzu beschwerlich ist.

Es gehört zu den stereotypen Eingangsformeln der Forst- und Holzordnungen, daß die Wälder „in Abgang geraten“ seien und „dadurch in wenig Zeit merklicher Mangel an Holz“ sich ergeben werde. Und also erscheint auf den ersten Blick für die meisten Leser als Motiv des landesherrlichen Veranlassers der jeweiligen Forstordnung, er habe diese abfassen, erneuern oder neu bekanntmachen lassen, weil „... Wir solch Abgang, Mangel und Gebrechen, so nit allein Uns, sondern Unsers Fürstentums Wirtemberg Untertanen und Verwandten daraus erfolgt, vor Augen haben...“

Nun, bei genauerem Hinsehen erweist sich: so unmittelbar drohend, wie er dargestellt wird, war der Holzbedarf nicht – aufs Ganze gesehen. Ausgehauen und durch Weidebetrieb im Fortkommen behindert waren die Wälder in der Nähe der Siedlungen, der Dörfer, der Städte und Residenzen, nicht zuletzt auch im unmittelbaren Einzugsbereich der fließbaren Gewässer. Das ergibt sich schon aus der Anordnung, den Holzbedarf möglichst aus entlegenen Wäldern zu decken, die noch vorhandenen Bestände in günstiger Lage dagegen „auf den Notfall“ zu sparen. Die Einleitungsformel vom herrschenden oder drohenden Holzbedarf hat offensichtlich ganz bestimmte Funktionen: Sie soll die landesherrliche Fürsorge erkennbar machen und zugleich die Untertanen mit Nachdruck darauf hinweisen, wie wichtig und geradezu lebensnotwendig die Einhaltung der so eingeleite-